

DER HAUSHALT IM ÜBERBLICK

kelmis.
ZUHAUSE | VIELFALTIG | ECHT

www.kelmis.be

EINLEITUNG

Die neue Gemeindemehrheit hatte einen rekurrent defizitären Haushalt geerbt. Die vorgefundene Situation widersprach den grundsätzlichen dekretalen Vorgaben der Aufsichtsbehörde, so dass Letztere die Gemeinde mit Schreiben vom 22. Januar 2025 dazu aufforderte, bis spätestens Juni 2025 wieder einen ausgeglichenen Mehrjahreshaushalt zu hinterlegen. Dieser Forderung ist die Gemeinde mit der Verabschiedung eines umfassenden Sparpakets nachgekommen. Das prognostizierte Jahresresultat 2025 für die Gemeinde Kelmis wurde mit dem Sparpaket bereits um rund 850.000 EUR verbessert, dank einer substanziellen Erhöhung der Gemeindedotation, einer Erhöhung verschiedener Steuern und Gebühren und Einsparungen in den Betriebskosten von rund einer halben Million Euro.

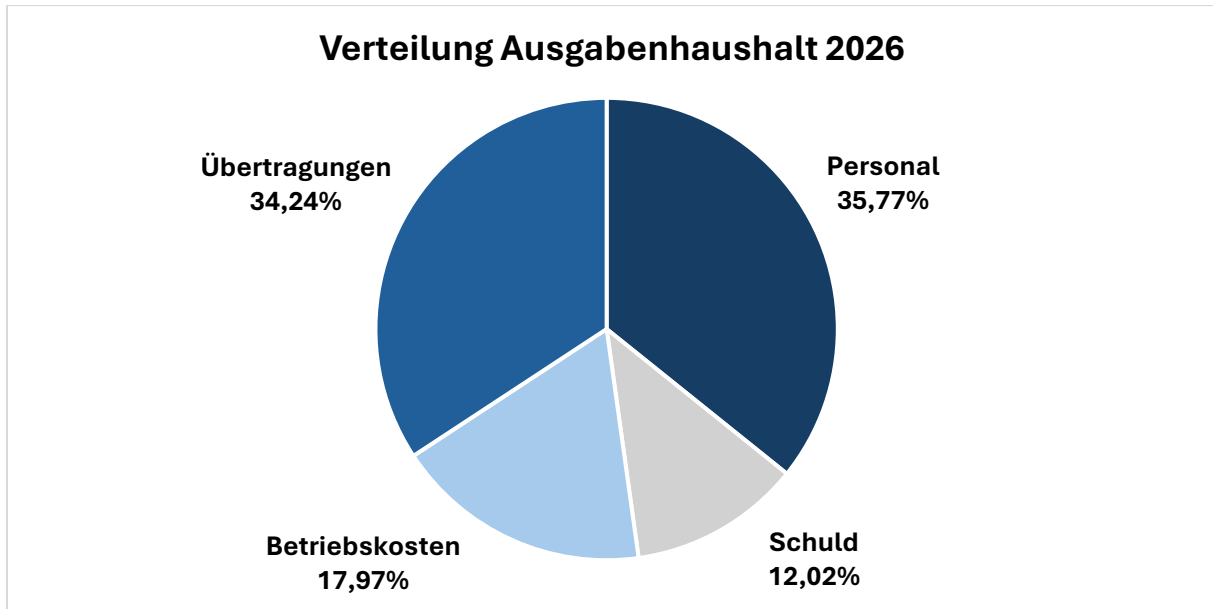
In der zweiten Jahreshälfte 2025 wurde die Gemeinde über akute übergeordnete Mehrbelastungen informiert (Verringerung der IPP-Einnahmen, Erhöhung der ÖSHZ-Belastung aufgrund der Arbeitslosenreform). Die Konsequenz ist den aktuellen Schätzungen zufolge eine progressive Mehrbelastung von insgesamt 4,12 Mio. EUR (2026: 222.000 EUR; 2030: 683.000 EUR). Zwar gedenkt die Mehrheit weiterhin ihre Verantwortung zu tragen und die neu entstehenden Defizite mit allen vertretbaren Mitteln begrenzen. Mit der Aufsichtsbehörde und den anderen Gemeinden wird dennoch zu beraten sein, welche strukturellen Ausgleichsmechanismen als Antwort auf IPP, Arbeitsmarktreform und andere Entwicklungen gefunden werden können. Dies wurde der Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 16. Oktober 2025 mitgeteilt.

Am geplanten ausgeglichenen Ursprungshaushalt 2026 kann trotz der hiavor beschriebenen Entwicklungen festgehalten werden (Überschuss nach Abhebungen: 2.812,04 EUR). Hierbei wird das im Juni beschlossene Sparpaket fortgesetzt. Gleichzeitig wird ein ordentlicher Reservefonds gespeist, der voraussichtliche Mehrbelastungen aufgrund übergeordneter Entwicklungen in den Folgejahren abfedern soll, so dass die Mehrjahresplanung vorerst ausgeglichen gestaltet werden kann. Hiermit wird den verbindlichen dekretalen Vorgaben der Aufsichtsbehörde entsprochen. Die Speisung eines außerordentlichen Reservefonds soll ihrerseits die Schuldausgaben in den kommenden Jahren weiter begrenzen (rund 10% des Ausgabenhaushalts).

Daniel Hilligsmann
Bürgermeister

I. AUSGABEN

Die Ausgabenseite des ordentlichen Dienstes 2026 setzt sich aus Personalkosten (35,77%), Übertragungen (34,24%), Betriebskosten (17,97%) und Schuldausgaben (12,02%) zusammen.

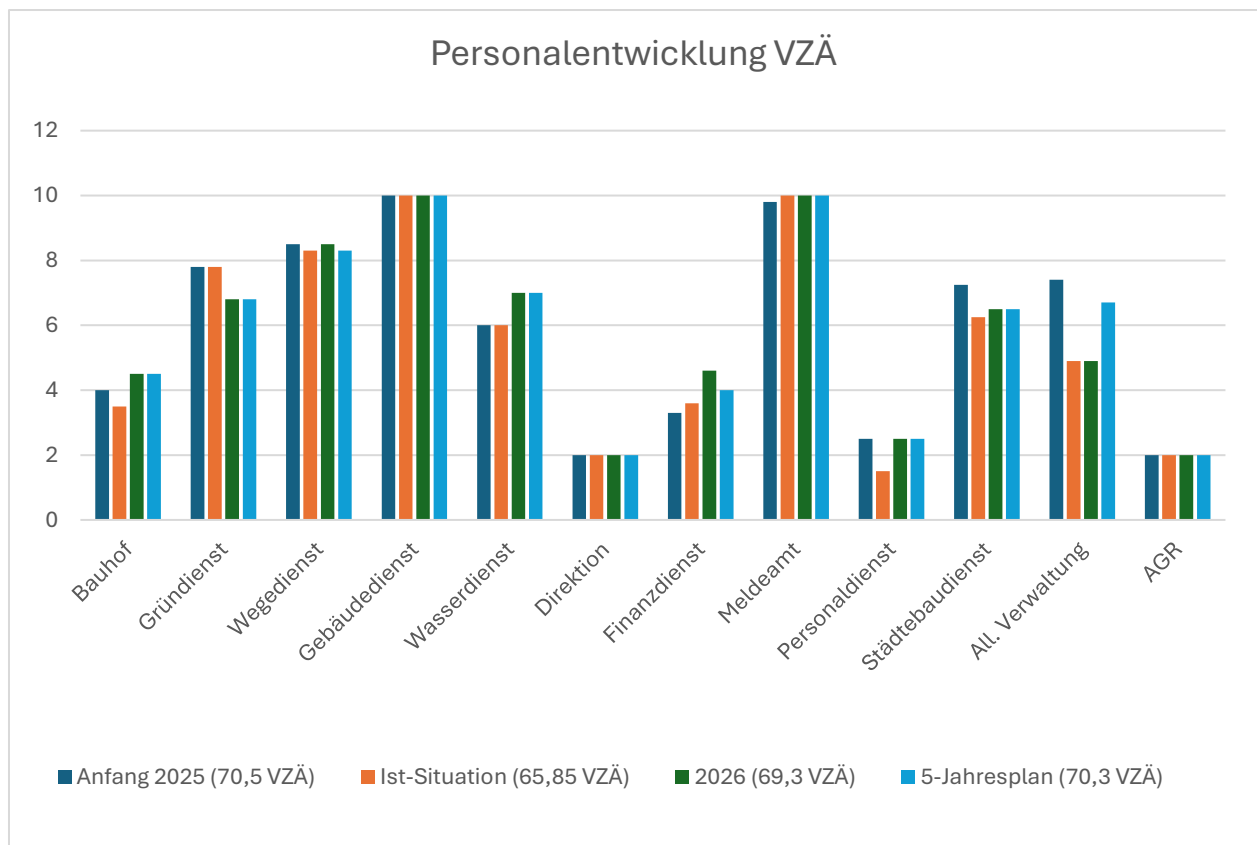


Personalkosten

Die Personalkosten machen im Jahr 2026 insgesamt 35,7% des Ausgabenbudgets aus, im Vergleich zu 37,24% bei der 2. Anpassung 2025.

Für April 2026 ist eine weitere Indexerhöhung angekündigt (nach der letzten im März 2025). Gleichzeitig machen steigende fachliche Anforderungen sowie zunehmend komplexe rechtliche Rahmenbedingungen bei der Nachbesetzung von Pensionierungen angepasste Qualifikationsprofile erforderlich, was sich ebenfalls auf die Personalkosten auswirkt.

Seit Anfang 2025 wird auf Grundlage der Richtlinien zur nachhaltigen Personalplanung agiert. Es wird geprüft, ob vakante Stellen durch interne Umverteilung von Aufgaben oder durch Personalwechsel innerhalb der Organisation besetzt werden können. Erst wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind und nach entsprechender Abstimmung mit dem Gemeindegremium, kommt eine externe Ausschreibung in Betracht. Abgänge infolge von Pensionierungen sollen dabei auch künftig in der Regel kompensiert werden. Die Neuschaffung von Stellen ist jedoch nicht vorgesehen.

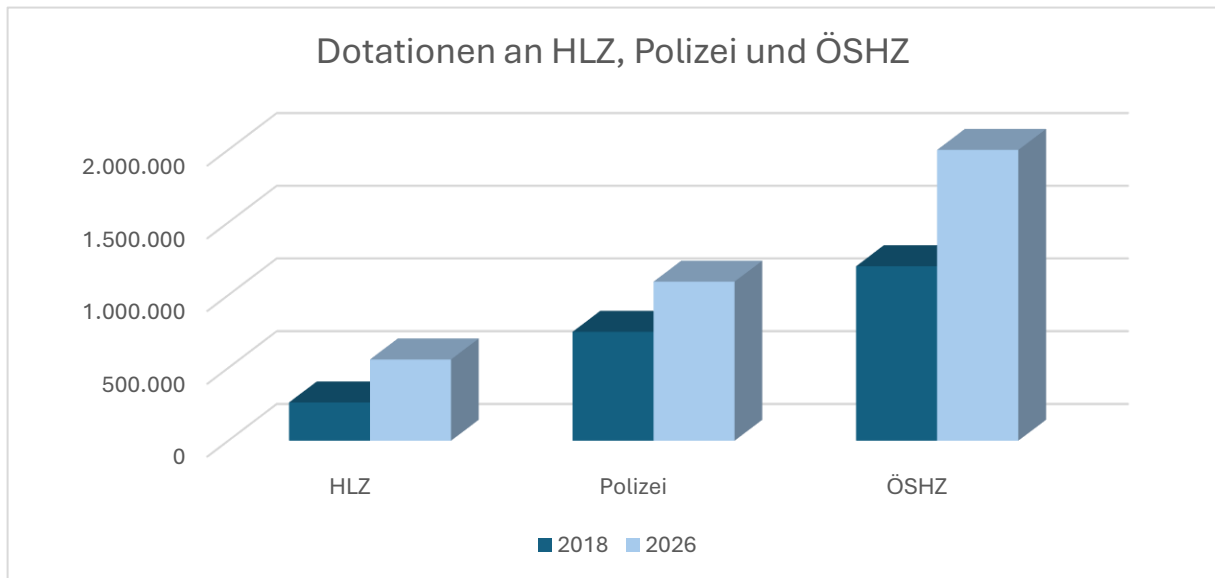


Zudem wird die Personalentwicklung für mehrere Jahre vorausschauend geplant. Die hiervor befindliche Grafik zeigt, dass sich die Personaldecke in den nächsten fünf Jahren nicht wesentlich verändern soll. Die Umsetzung der der 5-Jahresplanung formulierten Ziele wird bereits jetzt angegangen.

Übertragungen (ÖSHZ, Polizei- und Hilfeleistungszone, AGR, ...)

Gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz 2025 ergeben sich folgende Anpassungen: Die Mittel für die Hilfeleistungszone werden um 18.448,24 EUR reduziert, während die Zuweisung an die Polizei unverändert bei 1.092.808,00 EUR verbleibt. Die Betriebssubvention für das ÖSHZ wird hingegen auf 1.999.172,74 EUR angehoben, was vor allem eine Auswirkung der föderalen Arbeitsmarktreform ist. Der Betreiber Promosport erhält eine finanzielle Unterstützung der Gemeinde Kelmis in Höhe von 271.500 EUR, um den Betrieb des Galmeibads zu sichern. Dieser Zuschuss gilt zunächst für ein Jahr, beginnend ab September 2025. Der Zuschuss an die Autonome Gemeinderegion Galmei (AGR) wird entsprechend gesenkt.

Im Zeitraum 2018 bis 2026 steigen die Dotationen um 65,2%, wie dem nachfolgenden Diagramm zu entnehmen ist.



Betriebskosten

Die Betriebskosten steigen im Vergleich zur letzten Haushaltsanpassung leicht an, was hauptsächlich auf die Kosten eines ganzjährigen Kassenkredits (+30.000 EUR) und Anschaffungen sowie Ausgaben im Straßenbau zurückzuführen ist (Instandsetzung Rohrnetz, Verteuerung Gully-Reinigung und Kanalbefahrung).

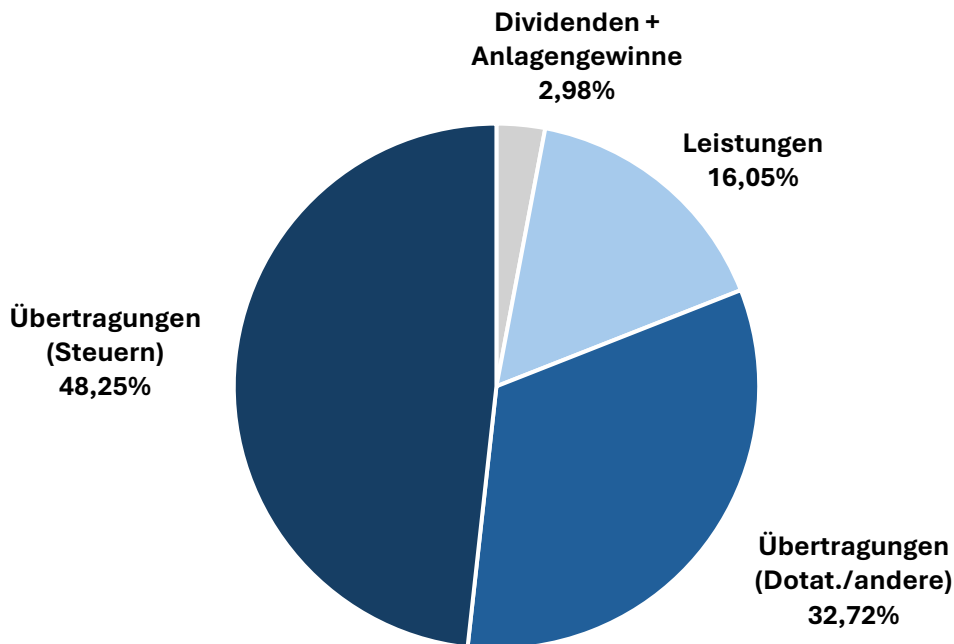
Schuld

Die Schuldtilgungen machen mit 2,3 Mio. Euro weiterhin den mit Abstand geringsten Anteil der Ausgaben aus (12,02%). Der punktuelle Anstieg der Schuld ist auf die fälligen Kapitalrückzahlung einer Bullet-Anleihe für den Ankauf von Häusern auf dem Kirchplatz (589.469 EUR) zurückzuführen.

II. EINNAHMEN

Die Einnahmen im ordentlichen Dienst setzen sich aus Dotationen, Steuern und anderen Überträgen (81%), Schuldeinnahmen (Zinsen auf Geldanlagen und Dividenden, 3%) und erbrachten Leistungen (16,05%) zusammen.

Verteilung Einnahmenhaushalt 2026



Dotationen, Steuern & Gebühren

Gegenüber dem Jahr 2025 ist bei den Wassereinnahmen ein Zuwachs von rund 40.000 EUR zu verzeichnen. Darüber hinaus steigen die Übertragungen um insgesamt 2.208.000 EUR. Wesentliche Treiber dieser Entwicklung sind insbesondere die geplanten Einnahmen aus der Steuer auf energieineffiziente Mietwohneinheiten in Höhe von 1.000.000 EUR, die Erhöhung der Zuschlagsteuer auf Einkommen um 250.000 EUR, der Anstieg der Zuschlagsteuer auf Immobilienvorbelastungen um 201.000 EUR sowie eine zusätzliche Dotation für Sozialwohnungen durch die DG in Höhe von 792.000 EUR. Die von der DG Ende 2024 vorgenommene Vorfinanzierung der Gemeindedotation wird sich für die Gemeinde im Jahr 2026 erneut positiv auswirken und voraussichtlich zu nennenswerten Zinserträgen in einer Größenordnung von rund 200.000 EUR führen.

In der zweiten Jahreshälfte 2025 wurde die Gemeinde über akute übergeordnete Mehrbelastungen informiert (Verringerung der IPP-Einnahmen, Erhöhung der ÖSHZ-Belastung aufgrund der Arbeitslosenreform). Die Konsequenz ist den aktuellen Schätzungen zufolge eine progressive Mehrbelastung von insgesamt 4,12 Mio. EUR (2026: 222.000 EUR; 2030: 683.000 EUR). Gemeinsam mit der Aufsichtsbehörde sowie den übrigen Gemeinden wird weiterhin zu erörtern sein, welche strukturellen Ausgleichslösungen als Reaktion auf diese Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben kommen.

Außerordentlicher Dienst (Investitionen)

Im außerordentlichen Dienst werden die Ausgaben – wie bereits für 2025 angekündigt – auf jährlich 1 Mio. EUR begrenzt, um die daraus resultierenden Kreditrückzahlungen (rund 50%) zu stabilisieren.

III. ZUSAMMENFASSUNG & AUSBLICK

Trotz der zuvor dargestellten Entwicklungen kann am ausgeglichenen Haushalt für 2026 festgehalten werden. Nach Abhebungen ergibt sich ein Überschuss von 2.812,04 EUR. Das im Juni 2025 verabschiedete Sparpaket wird konsequent weitergeführt. Parallel dazu wird ein ordentlicher Reservefonds aufgebaut, um absehbare Mehrbelastungen infolge übergeordneter Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren abzufedern und eine vorerst ausgeglichene Mehrjahresplanung zu ermöglichen. Damit werden die verbindlichen dekretalen Vorgaben der Aufsichtsbehörde trotz übergeordneter Mehrbelastungen eingehalten.

